

Die Schweiz ist nicht Island !

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Island geht es infolge der Finanzkrise sehr schlecht, weshalb man in diesem Land über einen möglichst baldigen EU-Beitritt entscheiden will. Und wie nicht anders zu erwarten, will auch die vereinigte Linke der Schweiz den EU-Beitritt nach dem Ja zur Personenfreizügigkeit neu thematisieren, denn immerhin hat man mit der Abstimmung vom 8. Februar 2009 einen weiteren Stolperstein auf dem Weg in die EU aus dem Wege geräumt.

Island ist aber nicht mit der Schweiz vergleichbar. Unsere Wirtschaft befindet sich keinesfalls in einem derart desolaten Zustand wie jene Islands, deren Banken sich bis Mitte 2008 mit über USD 50 Mrd., d.h. dem Zweieinhalbfachen des isländischen Bruttonettoproduktes, im Ausland verschuldeten haben. Mit dieser Kreditaufnahme haben sie einen Immobilienboom im Inland auslösten, der nun zusammengebrochen ist. Mit ihrem Globalisierungswahn haben die Wirtschaftsführer Islands, den bis vor kurzem noch wohlhabenden Kleinstaat, ruiniert. Der IMF und Nachbarstaaten mussten Milliardenbeträge einschiessen, um das 313'000-Einwohner-Land vor einem Kollaps zu retten. Das Wirtschaftswachstum in Island wurde in den letzten Jahren mit Schuldenmacherei und Immigration beschleunigt. Der Ausländeranteil nahm seit 1996 von 1,8% bis 2008 auf 8% zu, wobei die Einwanderer vor allem aus Polen kamen. Nun steigt die Arbeitslosigkeit an, innert Jahresfrist von 1,9% auf 4%, und die Reallöhne sind wegen der 19%-Inflation im letzten Jahr um 8% gefallen. Island hat über seine Verhältnisse gelebt und glaubt nun durch einen EU-Beitritt seine Wirtschaftsprobleme lösen zu können. Im Vordergrund steht dabei die Stabilisierung der Währung, die seit ihrem Höchststand 2005 gegenüber dem Franken um 57% abgewertet hat. Island hofft auch, dass sich die isländischen Zinssätze, die derzeit noch bei rund 18% (kurzfristig) bis 9% (langfristig) liegen, bei einer Anbindung ihrer Krone an den Euro auf das Euro-Niveau absinken würden. Am 16. Oktober 2008 gab die Regierung Islands bekannt, eine fällige Anleihe der verstaatlichten Glitnir-Bank in Höhe von 750 Millionen US-Dollar nicht zurückzuzahlen, womit sich Island de facto zahlungsunfähig erklärte. Eine formale Zahlungsunfähigkeit besteht noch nicht, da die Anleihe nicht vom Staat selbst emittiert wurde. Bei einem EU-Beitritt der Schweiz würde unser Wohlstand in einer ersten Phase wegen der Anpassung der Schweizer Zinsen (Bund 10 Jahre: 2,1%) an das höhere EU-Zinsniveau und der Beitragszahlungen in Höhe von rund 10% des Bundeshaushalts (CHF 5 Mrd.) sinken. Die Zinsanpassung würde die Schweiz rund CHF 25 Mrd. pro Jahr kosten. Aber es sind nicht nur finanzielle Gründe, die gegen einen EU-Beitritt sprechen.

Wir entscheiden noch selbst über unsere Wirtschaftspolitik, über unseren Staatshaushalt und unsere Geldpolitik, d.h. über unsere Zins- und Währungspolitik. Diese Handlungsspielräume sind in Krisensituationen entscheidend. Euro-Länder können zur Konjunkturstützung nur noch die Fiskalpolitik einsetzen und sich verschulden. Noch vor kurzem meinte man, dass alle EU-Länder gleich kreditwürdig seien. Die Zinsdifferenzen für 10-jährige Staatsanleihen schmolzen dahin. Die Finanzkrise hat nun dazu geführt, dass die Anleger die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Staaten wieder kritischer beurteilen. Bonitätsmässig minderwertigere EU-Länder müssen wesentlich höhere Zinsen bezahlen als Deutschland (3,4%). So bezahlen Griechenland derzeit 2,4%, Irland 2,1%, Italien 1,2% und Spanien 1,1% mehr Zins für 10-jährige Staatsanleihen. Private Unternehmen aus diesen Ländern geraten in Sippenhaftung und müssen ebenfalls höhere Zinsen bezahlen, weil der Zinssatz, den ihr Herkunftsstaat bezahlt, als Ausgangsbasis dient. Staatspolitisch sind für Schweizer Bürger die mangelnde Gewaltentrennung und die eingeschränkte Demokratie in der EU inakzeptabel. Die Exekutive portiert selbst Gesetzesvorlagen und die Bürger der EU-Länder haben im Sozialrecht, in der Verkehrs- und Energiepolitik kaum noch ein Mitspracherecht. Sie müssen die Mehrheitsbeschlüsse des EU-Ministerrates anerkennen. Die Mehrwertsteuer

müsste auf mindestens 15% angehoben werden, was vor allem den Schweizer Mittelstand treffen würde. Die Landwirtschaftsbeiträge würden um rund ein Drittel gekürzt. Mehr und mehr Souveränität muss an die EU-Zentrale abgetreten werden, im Zollwesen, in der Aussenhandelspolitik und was besonders schwer wiegt, in der Sicherheitspolitik. Und schliesslich müsste die Schweiz auch fremde Richter, nämlich den EU-Gerichtshof, als höchstrichterliche Instanz anerkennen.

Nur eine unabhängige Notenbank für die Schweiz erlaubt eine landesspezifische Geldpolitik, die im Extremfall auch als Retter in der Not von Banken oder Versicherungen agieren kann. Schwieriger werden solche Eingriffe, wenn Banken aus einzelnen EU-Ländern in Schwierigkeiten geraten. Dann werden Stützungsaktionen durch Zentralbanken zum Politikum. Die Europäische Zentralbank hat sich zwar bisher glücklicherweise erfolgreich gegen politischen Druck wehren können. Die Abschottung der EZB von den Regierungen hat aber dazu geführt, dass ihr Spielraum zur Rettung von Banken eingeschränkt bleibt. Sie kann zwar die Märkte mit Liquidität versorgen, aber eigentliche Stützungsaktionen für einzelne Geschäftsbanken bleiben ihr verwehrt. Sie darf auch nicht Staatsanleihen aus Emission kaufen, sondern nur an der Börse, damit die Marktpreise der Staatspapiere nicht verfälscht werden und nicht einzelne Staaten zulasten anderer profitieren würden. Eine einheitliche Geldpolitik über 16, später sogar 27 heterogene EU-Länder, zu betreiben, ist problematisch. Dass auch 10 Jahre nach Einführung des Euro die Inflationsraten innerhalb der EU immer noch massiv auseinanderklaffen, ist ein klarer Beweis für die grundverschiedenen Strukturen der einzelnen Volkswirtschaften. So reichte die Inflationsskala Ende 2008 von 10,4% (Lettland) bis 0,7% (Luxemburg). Die Arbeitslosenraten innerhalb der EU lagen zwischen 2,7% (Niederlande) und 14,4% (Spanien). Da die EZB ihr Pulver punkto Zinspolitik schon weitgehend wirkungslos verschossen hat, versuchen die EU-Staaten nun mit sogenannten Konjunkturpaketen, d.h. einem Subventionswettbewerb, ihre eigenen Volkswirtschaften zu stützen. Die EU-Regierungen werden einmal mehr die Maastrichter Kriterien bezüglich der Budgetdefizite missachten. Die bei Vertragsverletzungen vorgesehenen Sanktionen werden kaum zum Zuge kommen, denn die grossen Drei haben auch in dieser Beziehung das Sagen und werden sich gegenseitig protegieren. Der eigentliche Test für die Stabilität der EU und des Euro steht jedoch erst noch bevor. Das Zwangskorsett Euro wird zu Einschränkungen und wirtschaftlichen Verwerfungen führen. Eine Zunahme sozialer Unrast mit Regierungsstürzen würde nicht überraschen. Die Unruhen in Griechenland, Spanien und im Baltikum dürften ein erstes Vorgeplänkel für das sein, was uns noch erwartet.

Es gibt somit keinen Grund, wegen der Wirtschaftskrise einen EU-Beitritt zu thematisieren, im Gegenteil. Wir müssen alles daran setzen, der EU fernzubleiben, damit wir nicht in den Strudel der sich anbahnenden Probleme geraten. Probleme löst man nicht, indem man sie an internationale Grossgebilde delegiert, sondern indem man vorerst im eigenen Haus wieder Ordnung und Vertrauen schafft.